Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 3 (1981)
Heft: 11

Artikel: Reiche Onkel, arme Neffen : UNO-Weltenergiekonferenz '81 in Nairobi
Autor: Klüting, Rainer
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-653508

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rainer Klüting

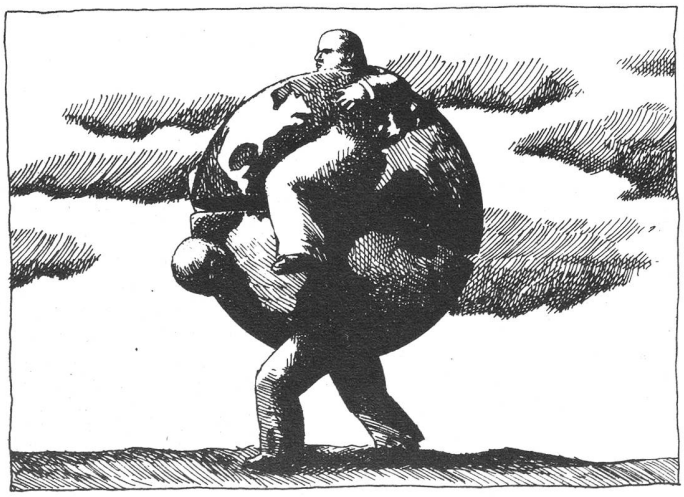
Reiche Onkel, arme Neffen

UNO-Weltenergiekonferenz '81 in Nairobi

Vom 10. bis 21. August dieses Jahres fand nach etwa zweijähriger Vorbereitung in Nairobi die erste „United Nations Conference on New and Renewable Sources of Energy" (UNCNSE) statt. Über 4000 Teilnehmer aus den 154 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen trafen sich unter dem Zeichen des in sich selbst zurückfließenden „e" und diskutierten über die Einsatz- und Finanzierungsmöglichkeiten von 14 Energieträgern: Sonne, Erdwärme, Wind, Wasser, Biomasse, Brennholz, Holzkohle, Ölschiefer, Teersand, Meeresenergie (Wärme, Wellen und Gezeiten), Torf und Zugtiere.

Schon 1961 hatte sich eine UN-Konferenz mit Energiealternativen zum Erdöl beschäftigt. Damals war bereits absehbar, daß sich die Steigerungsraten im Ölverbrauch nicht lange würden durchhalten lassen. Die Leidtragenden an den seit 1973 drastisch steigenden Ölpreisen sind vor allem diejenigen Länder der sogenannten „Gruppe der 77", die keine eigenen Erdölvorkommen haben. Mußten sie 1973 noch 13% ihrer Exporterlöse für Erdöl ausgeben, so stieg dieser Anteil bis 1980 auf durchschnittlich 25%, in Tansania sind es 55% bis 60%.

Die Verantwortlichkeit für diesen Zustand wird nach Kräften in der Gegend herumgeschoben. Die Industrieländer schimpfen auf die Preispolitik der OPEC und betonen *„die besondere finanzielle Verantwortung dieser Gruppe"* (BMZ*). Den Vorschlag der OPEC-Staaten für einen gemeinsamen Fonds für Energie und Entwicklung lehnten sie allerdings ab. Die OPEC weist mit gewisser Berechtigung die alleinige Verantwortung von sich. Es stimmt zwar, daß die erdölimportierenden Entwicklungsländer im Jahre 1974 hohe Defizite durch die Preispolitik der OPEC erlitten, in den Jahren 1975 bis 1979 kamen aber weitere Defizite dazu, ohne daß die OPEC ihre Preise wesentlich erhöhte. In dieser Zeit schränkten nämlich die Industrieländer ihre Importe aus den Entwicklungsländern wegen der wirtschaftlichen Rezession ein und erhöhten gleichzeitig die Preise für ihre Exportgüter um das Fünffache der Ölverteuerung. Erst seit 1980 spielen die Ölpreiserhöhungen wieder eine größere Rolle, dieses Mal sahnen in noch stärkerem Maße als 1973 die Ölkonzerne ab. Trotzdem hat immer noch der Ex- und Import an verarbeiteten Waren aus den Industrieländern den bestimmenden Einfluß auf das Zahlungsbilanzdefizit der Entwicklungsländer.



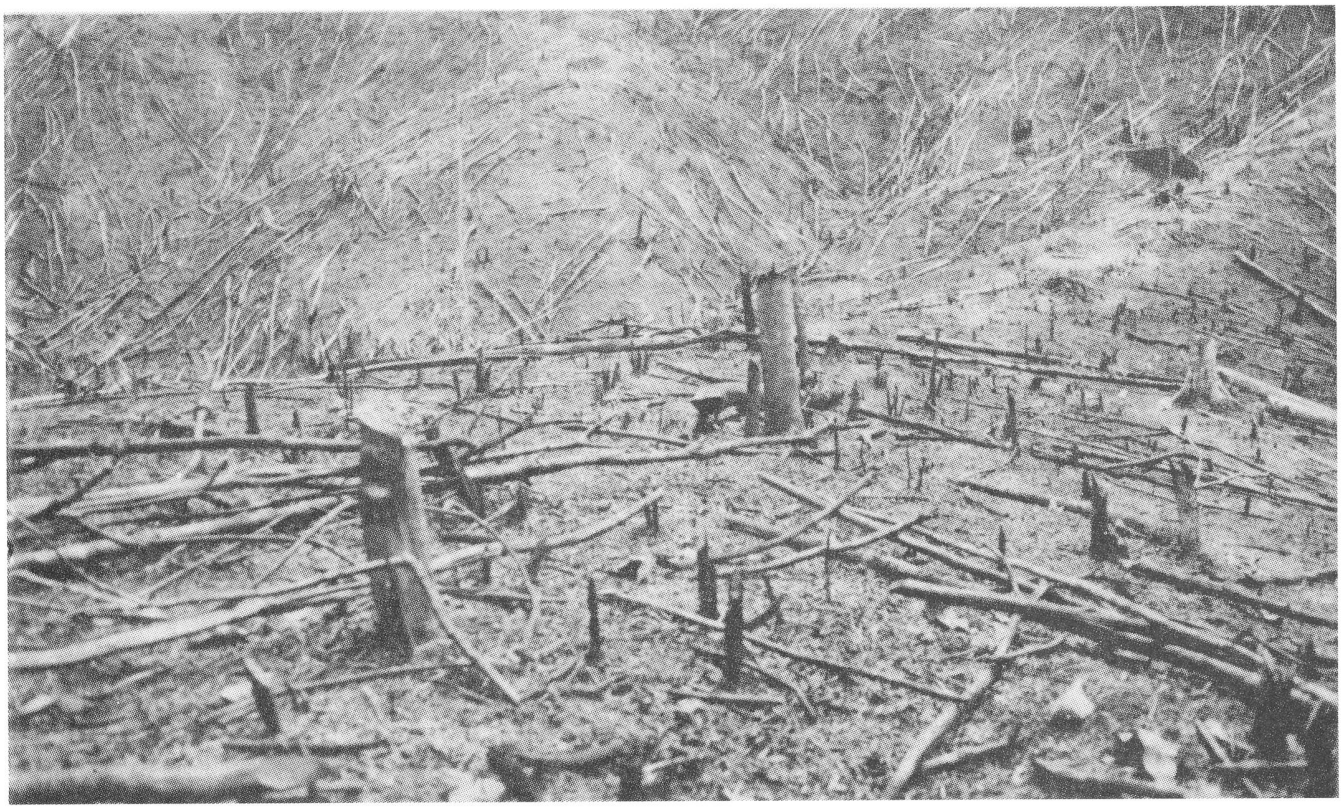
Neue Energiequellen – auch nur ein Geschäft?

Das Spektrum der Erwartungen von seiten der Entwicklungsländer an diese Konferenz reichte von der Forderung nach Geld und Erdölsonderpreisen, um durch eine weitere Industrialisierung nach westlichem Muster Armut und Abhängigkeit besiegen zu können, bis zu der Hoffnung, durch erneuerbare Energiequellen und eine damit verbundene dezentrale Produktionstechnik eine größere Unabhängigkeit vom Weltmarkt zu erlangen und damit aus der Rolle des Lieferanten billiger Arbeitskräfte und Rohstoffe herauszukommen. Während die Weltbank als Anwalt eines funktionierenden Weltmarktes schon im Vorfeld der Konferenz zu Hilfsmaßnahmen aufgerufen hatte, entdeckten die Industrieländer ihr Herz für die *„Verantwortung jedes Landes für seine eigene Entwicklung"* (BMZ). Gleichzeitig betonen sie, sie hätten *„die wachsende Rolle der neuen und erneuerbaren Energiequellen für die Entwicklung insbesondere der Entwicklungsländer anerkannt ..."* (BMZ). Die Konsequenz aus diesen beiden Erkenntnissen: Während sie in Nairobi alle finanziellen Verpflichtungen von sich wiesen, sind sie dabei, sich in der Dritten Welt einen Markt für dezentrale Technologien aufzubauen. In der BRD gibt es beispielsweise bereits eine Arbeitsgruppe von 71 Ingenieurbüros, Herstellern und Exporteuren von Anlagen zur „alternativen" Energiegewinnung, die *„die Nutzung alternativer Energiequellen den Entwicklungsländern zugänglich"* (FR) und *„in diesem Zusammenhang solide Geschäfte (...) tätigen"* (zit. nach FR) wollen. Es ist durchaus möglich, daß auf diesem Wege alte Abhängigkeiten gefestigt werden.

Wie dringend die Staaten der Dritten Welt heute äußere Hilfe brauchen, um ihre Probleme zu lösen, zeigt ein anderes Thema, das der Konferenz vorlag, weil es sich an seiner Oberfläche als Energieproblem darstellt.

Die Brennholzkrise

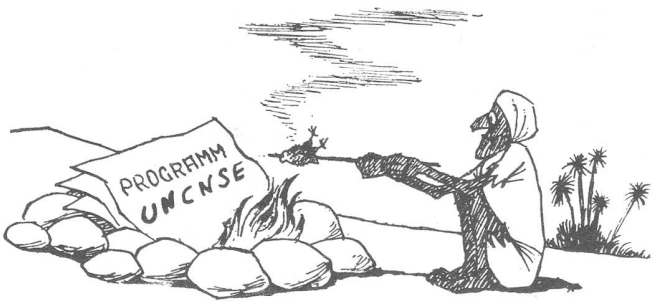
Industrieller Energieverbrauch macht nämlich in den Ländern der Dritten Welt einen weitaus geringeren Teil des Gesamtenergieverbrauches aus als bei uns. 25%, in ländlichen Gebieten 60% bis 90% des Energiebedarfs wird durch Holz, Pflanzenrückstände und (verbrannten) Dung gedeckt. Ein Hauptthema der Konferenz war die katastrophale Brennholzkrise, die sich dort ausgebreitet hat. Für 60% der Weltbevölkerung ist Holz die einzige oder die wichtigste Energiequelle. In manchen Gebieten Indiens oder der Sahel-Zone geben die Bewohner der Slums bis zu 40% ihres Einkommens für Feuerholz zum Kochen aus, in ländlichen Gegenden verbringen die Frauen die Hälfte ihres Lebens mit dem Holzsammeln. Die Waldregionen der Erde schrumpfen, die Wüsten breiten sich aus, Flüsse schwemmen fruchtbares Land einfach weg. Auf der Konferenz wurden eine Reihe von kurzfristigen und mittelfristigen Abhilfen diskutiert, z.B. energiesparende Holzöfen, Sonnenöfen, Biogas und großangelegte Aufforstungsprogramme mit schnellwachsenden Bäumen. Doch auch so etwas will finanziert sein.



Die meisten alternativen Energiequellen sind heutzutage für diese Menschen noch unbezahlbar, und auch ihre Neuartigkeit wird verhindern, daß sie sich schnell ausbreiten. So liegt die erste Priorität beim Holz. Besonders die Bundesregierung ist stolz auf ihre Wiederaufforstungsprogramme, die zu den Schwerpunkten der Politik des BMZ gehören. Wenn diese Maßnahmen einen Sinn haben sollen, muß aber verhindert werden, daß gleichzeitig Konzerne ganze Wälder abholzen, um Viehweiden anzulegen, nach Öl zu bohren oder Mahagonisessel zu produzieren.

Forderungen und Versprechungen

Für die Entwicklungsländer lag das Hauptproblem bei der Verwirklichung des Konferenzzieles in der Finanzierung. Sie forderten die Einrichtung eines für alle Staaten offenen Gremiums, das die von der Konferenz beschlossenen Aktionsziele umsetzen und dazu über einen eigenen finanziellen Fonds verfügen sollte. Die Konferenz sollte konkrete Finanzierungsziele nennen. Die Industrieländer sollten verpflichtet werden, *„zusätzliche und angemessene Mittel für die internationalen Finanzmechanismen"* (zit. nach BMZ), also z.B. für den Ausgleich von Ölpreissteigerungen, zur Verfügung zu stellen.
Finanzielle Verpflichtungen für die Industrieländer *„konnten vermieden werden"* (BMZ). Statt dem geforderten Gremium, das sofort seine Arbeit aufnehmen sollte, wurde beschlossen, für 1982 eine Kommission einzuberufen, die der UN-Generalversammlung im Herbst des gleichen Jahres Vorschläge für die *„Struktur des endgültigen Regierungsvertreterausschusses unterbreiten"* (BMZ) soll. Die Einrichtung eines eigenen Finanzfonds wurde abgelehnt, die Gründung einer Energie-Tochtergesellschaft der Weltbank wird „geprüft". Die USA haben allerdings in einem Sondervotum selbst diese „Prüfung" abgelehnt. Sie verzichten also sogar auf die Chance, sich die Energiequellen von morgen über einen internationalen Fonds finanzieren zu lassen. Alle Staaten wurden zu „weiteren Anstrengungen" aufgefordert, öffentliche und private (finanzielle) Ressourcen zu mobilisieren. Alles in allem ein mageres Ergebnis für die Dritte Welt.

Trennung vom Weltmarkt

Parallel zur Konferenz fand das Forum of Non-Governmental Organisations (NGO-Forum) statt, das die TAZ einmal irreführenderweise als Gegenkonferenz bezeichnete. Auf diesem Forum, das, wie bei anderen großen UN-Konferenzen, als beratendes Gremium zusammentritt, trafen sich nichtkommerzielle Organisationen, die sich meist auf kommunaler Ebene mit neuen und erneuerbaren Energiequellen beschäftigen. Aus der Radikalität und Konsequenz der Forderungen dieses Forums ist abzulesen, daß sein Einfluß auf die politischen Entscheidungen nebenan nicht sehr groß war. Die Industrieländer wurden aufgefordert, ihren Energieverbrauch einzuschränken und den Entwicklungsländern einen mächtigen internationalen Finanzfonds zur Verfügung zu stellen. Die Politik der Entwicklungsländer soll durch Aufklärungskampagnen und den Einsatz dezentraler Techniken kommunale Aktivitäten fördern. Durch gegenseitige technische und wirtschaftliche Hilfe und den Austausch von Informationen sollen sie eine möglichst große Unabhängigkeit vom Weltmarkt anstreben. Das Forum kritisierte, daß die UNO die Rolle der transnationalen Konzerne in ihren Beratungen nicht berücksichtige, sondern aus pragmatischen Gründen akzeptiere.